

Dr. Hans Jörg Schelling
Bundesminister für Finanzen

Frau Präsidentin
des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 27. Juni 2016

GZ. BMF-310205/0147-I/4/2016

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 9166/J vom 3. Mai 2016 der Abgeordneten Mag. Gerald Hauser, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 6.:

Die vorliegenden Fragen betreffen ausschließlich in die Entscheidungskompetenz von Unternehmensorganen der Osttiroler Investment GmbH (OIG) fallende Themenbereiche und somit keine in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Finanzen fallenden Gegenstände der Vollziehung, insbesondere auch keine Angelegenheiten der Verwaltung des Bundes als Träger von Privatrechten.

Es ergeht daher lediglich auf Basis der von der OIG erteilten Informationen folgende Beantwortung:

Mit Wirksamkeit 1. April 2016 traten neue Richtlinien für Kreditwerber der Osttiroler Investment GmbH in Kraft. Parallel wird an einer weiteren Förder-Richtlinie für „Innovationsprojekte“ gearbeitet. Diese Arbeiten werden ebenfalls demnächst abgeschlossen sein.

Die neuen Richtlinien für Kreditwerber zeigen eine Öffnung für Klein- und Mittelbetriebe. Die Mindestinvestitionssumme (kreditrelevanten Projektkosten) wurde halbiert. Der Schwerpunkt für Investitionen wurde ausgebaut. Die Laufzeiten wurden sukzessive verlängert und betragen aktuell wahlweise bis zu 15 Jahren. Die subsidiäre Förderung zu anderen Bundes- und Landesförderungen wurde abgeschafft. Betriebsübergaben an die nächste Generation werden durch die Richtlinien-NEU ebenfalls erleichtert.

Gemäß der Gründungsvereinbarung der OIG sind Darlehen und deren Werthaltigkeit sicherzustellen. Auf die Überdeckung der Besicherung für säumige Zinsen und Realisierungskosten von 5 % wird seit Inkrafttreten der neuen Richtlinien für Kreditwerber verzichtet. Eine zusätzliche Richtlinie für „Innovationsprojekte“ ist in Ausarbeitung. Diese Richtlinie wird Förderungen vorsehen, die nicht mehr zu 100 % mit Bankgarantie abzusichern sind.

Der Bundesminister:

Dr. Schelling

(elektronisch gefertigt)

